Friedensforschungstagung in Osaka

Konferenzbericht 日本平和学会

von Andreas Seifert

Die jährliche Tagung der japanischen Vereinigung für Friedensforschung, die dieses Jahr ihren 40. Gründungstag beging, fand vom 15. bis 16. Juni 2013 an der Osaka-Universität statt. Dieses Jahr stand das Treffen stark unter dem Eindruck der jüngsten Äußerungen des Bürgermeisters von Osaka, der in Bezug auf die „Trost-Frauen" im Zweiten Weltkrieg davon sprach, dass Prostitution notwendig gewesen sei, um die Disziplin in der Truppe aufrecht zu erhalten.[1] Die Verharmlosung und gar Leugnung der massiven menschenverachtenden Zwangsprostitution koreanischer, japanischer und Frauen anderer asiatischer Länder war für viele Teilnehmer des Kongresses Motivation, sich eingehender mit der Aufarbeitung japanischer Kriegsverbrechen zu beschäftigen. Bürgermeister Hashimoto regte zudem an, die US-amerikanischen Soldaten in den Stützpunkten auf Okinawa, sollten auf die Möglichkeiten der „Sex-Industrie" hingewiesen werden – er verband damit die Hoffnung, dass die Vergewaltigungen um die Stützpunkte abnehmen würden. Auch wenn Hashimoto Teile seiner Aussagen aufgrund des öffentlichen Drucks wieder zurücknahm, blieb doch der Eindruck, dass diese Äußerungen innerhalb seiner Partei (Japan Restoration Party) geteilt wurden.[1] Als Bürgermeister von Osaka vertrat Hashimoto die Ansicht, dass die „ständige" Selbstbezichtigung der Japaner für die Verbrechen japanischer Soldaten in Asien im Zweiten Weltkrieg ein Ende haben müsse und regte überdies die „Überarbeitung" der Ausstellung im Friedensmuseum von Osaka an. Das Friedensmuseum thematisiert neben den Bombenabwürfen auf Osaka, also der Opferrolle Japans, auch die Kriegsgeschehnisse auf dem asiatischen Festland und damit auch die Täterrolle Japans im Zweiten Weltkrieg.[2] Seine Partei ist an den Bestrebungen zu einer Reform des Artikel 9 der japanischen Verfassung, der die Friedensbindung Japans sicherstellt, beteiligt – gemäß ihrem Programm hält sie diesen Passus für „[die] Wurzel allen Übels, die Japan zur Isolation und dem Gegenstand der Geringschätzung herabgesetzt und die unrealistische Kollektivillusion des absoluten Friedens aufgezwungen hat."[3]

OSAKA INTERNATIONAL PEACE CENTER

This is the logo for the Osaka International Peace Center. The outer oval represents the universe, and the circle in the middle represents the Earth.

ピースおおさか　OSAKA INTERNATIONAL PEACE CENTER
The roofs of various shapes symbolize the idea that a peaceful world is one where people acknowledge the differences of others, yet coexist harmoniously with them.

ピースおおさか
大阪国際平和センター

Unter diesem Eindruck rechter und geschichtsrevisionistischer Tendenzen in der japanischen Politik fanden die Diskussionen auf dem Kongress statt. Die mehr als 150 Teilnehmer forderten eine entschiedene Zurückweisung dieser Tendenzen. Die Frage des Umgangs des offiziellen Japans mit den Trost-Frauen wurde gleich in mehreren Beiträgen thematisiert und bildete den Auftakt der Panelreihe. Aufgeteilt in vier große Panel, die jeweils ein Thema unter verschiedenen Blickwinkeln präsentierten, zwei parallele Präsentationsforen für individuelle Projekte und zwei größere Blöcke, in denen in dreizehn Workshops an unterschiedlichsten Themen diskutiert wurde, war die Veranstaltung ein umfangreicher Event. Drei kleinere Ausstellungen und eine Videovorführung komplettierten das Programm. Bei den Ausstellungen dominierte das Thema Atomenergie und -waffen. Eine Ausstellung drehte sich dabei um die Opfer der Atombomben, bzw. weltweite Strahlenopfer (No more Hibakusha)[4], die auf einer Weltkarte und mit Fotos verortet wurden. Eine andere Ausstellung würdigte die Rolle Robert Jungks und präsentierte Dokumente und Hintergründe zu seinen Aufenthalten in Japan. Robert Jungk gilt dabei in Japan als jemand, der entschieden gegen die Atomrüstung eingetreten und wesentlich dazu beigetragen hat, die Geschichte der japanischen Atombombenopfer bekannt zu machen.

Das zweite Panel versuchte Antworten auf die Frage zu finden, wie „Frieden" vermittelt wird und welche pädagogischen Maßnahmen man ergreifen kann, um den Friedens-Gedanken zu stärken. Die Atompolitik Japans wurde im dritten Panel aufgegriffen, wo der Frage nachgegangen wurde, warum sich unter dem Eindruck des Desasters um das Kernkraftwerk von Fukushima im März 2011 die Anti-Atombewegung in Japan nur langsam entwickelt. Die Panelisten diskutierten auch das Ausmaß der Verstrahlung bis heute und beklagten, dass sich die japanische Regierung, zusammen mit der französischen Atomindustrie, um Exportprojekte bis nach Indien bemüht.

Im vierten Panel schließlich wurde das Experiment unternommen, die aufgeworfenen Themen (Trostfrauen/Prostitution, Nuklearpolitik, Pädagogik/Museumsgestaltung) unter der Überschrift der „Militarisierung" zusammenzufassen. Yuki Fujimes Beitrag über die Sexindustrie im Umfeld von Militärbasen in Japan hob dabei darauf ab, dass die japanische Öffentlichkeit in den Mustern der Betrachtung von Prostitution aus dem Zweiten Weltkrieg verhaftet geblieben ist und damit einhergehend die Stigmatisierung der Frauen anhält und sich verschärft. Die Vergewaltigung von Sexarbeiterinnen im Umfeld der Basen durch (amerikanische) Soldaten würde ihrer Untersuchung nach oftmals als „unausweichlich" im öffentlichen Diskurs hingenommen und eher halbherzig juristisch verfolgt. Die als „notwendig" empfundene Präsenz militärischer Macht münde in die Akzeptanz von Verbrechen und verhindere eine breite Solidarisierung mit den Betroffenen. Die Vortragende mahnte nicht nur eine konsequentere Haltung der Politik, sondern auch der Gesellschaft an, sich gegen diese Tendenzen zu wehren. Der Beitrag von Seungkoo Choi, der eigentlich die Initiative No Nukes Asia Actions (NNAA)[5] vorstellen sollte, ging ebenfalls intensiv auf die Befindlichkeiten der japanischen Gesellschaft ein, die er in ähnlicher Weise als rückständig und von einem Überlegenheitsgefühl dominiert sah. Die japanische Gesellschaft sei „exklusiv" und wenig daran interessiert, die „Multikulturalität", die sie in den politischen Statements pflegt, auch umzusetzen. Am Beispiel der in Japan z.T. schon seit Generationen lebenden Koreanern machte er deutlich, dass die „Integration" nur auf unterstem privatem Level funktioniert und im politischen sowie wirtschaftlichen Leben mehrheitlich von Ausgrenzung abgelöst wird. Er machte deutlich, dass solange politische Parteien in Japan mit Parolen werben dürfen, die auf die Vertreibung aller Koreaner aus Japan

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

abzielen, er keine veränderte Geisteshaltung gegenüber der Zeitspanne bis 1945 ausmachen kann. Kazuyo Yamane knüpfte mit ihrem Beitrag zu „Grassroot Activities against Changing Exhibitions at the Museum of Peace“ noch einmal direkt an die Versuche rechter Politiker an, den Inhalt der Ausstellungen an ihre Weltsicht anzupassen. Der Beschreibung des politischen Drucks auf die unterschiedlichen Ausstellungen in Japan, die Opferrolle Japans stärker zu berücksichtigen und die Täterrolle in der Darstellung zurückzudrängen, stellte sie den Protest der Bürger im Umfeld der eigentlichen Ausstellungen entgegen. Die Proteste werden dazu genutzt, die Rolle der Museen für die Gesellschaft und die Kommunen in den Vordergrund zu stellen und damit eine Diskussion anzuregen, die lange ausgeblieben ist. Museen, die vom Staat bezahlt werden, haben es, so wurde betont, besonders schwer, sich gegen die Einflussnahme zu behaupten und so seien die Aktivitäten in diesem Falle auch ein Kampf um das Überleben der Institutionen geworden – inhaltlich und finanziell. Der vierte Beitrag auf dem Panel wurde vom Autor dieses Berichtes gehalten, und hatte die Tendenzen der Militarisierung der EU zum Inhalt. Hierbei war entscheidend, dass das Bild der EU als einer Friedensmacht, welches in Japan dominiert, um die Komponente einer „militarisierten EU“ erweitert wurde.

In den Diskussionen in den Panels, wie auch am Rande der Konferenz spielten japanische Themen die dominierende Rolle, wohingegen aktuelle Konflikte in der Welt kaum Erwähnung fanden. Die Versuche der japanischen Politik, sich in internationale Konflikte einzubringen bzw. hineinziehen zu lassen, wurden kaum thematisiert. Dies ist umso erstaunlicher, als die Aufhebung der Friedensbindung in der japanischen Verfassung ein ganz wesentlicher Baustein sein wird, die japanische Armee kriegsfähig zu machen – ein Punkt, der selbstverständlich von allen Anwesenden als besonders kritisch empfunden wurde. Die Schwerpunktsetzung über die umfangreichen Panels muss angesichts der Stimmung, wie sie beispielsweise der Bürgermeister Hashimoto erzeugt, als folgerichtig und konsequent erscheinen und soll hier keineswegs kritisiert werden. Vielmehr erscheint es dem Autor, der als Gast auf der Konferenz sprechen durfte, als wünschenswert, wenn auch andere Themen stärkere Aufmerksamkeit bekämen.

*Der Autor war auf Einladung der Peace Studies Association of Japan (*日本平和学会 – www.psaj.org) in Osaka.

Anmerkungen

1 http://www.spiegel.de/politik/ausland/japanischer-politiker-hashimoto-verteidigt-zwangsprostitution-a-899638.html
2 http://www.japanprobe.com/2013/05/28/toru-hashimoto-clarifies-remarks-on-comfort-women/
3 http://www.peace-osaka.or.jp/museum/
4 Zitat des Parteiprogramms vom 30.3.2013 übernommen von: Eiichi Kido, Vorwärts ins 19. Jahrhundert?, Die japanische Verfassung und das Kabinett ABE (http://www.doam.org/ 9.5.2013).
5 http://www.no-more-hibakusha.net/
6 http://ermite.just-size.net/nnaa/

Bild linke Seite: Flyercover der Dauerausstellung des Friedensmuseums Osaka.

Kissinger-Professur in Bonn

„Das Illegale machen wir sofort, das, was gegen die Verfassung geht, dauert ein bisschen länger.“

Der Satiriker Tom Lehrer hängte seinen Job Anfang der 1970er an den Nagel, nachdem Henry Kissinger, Nationaler Sicherheitsberater der US-Regierung von 1969 bis 1973 und anschließend bis 1977 US-Außenminister, der Friedensnobelpreis verliehen worden war. Es geht das Gerücht um, Lehrer habe seinen Rückzug damit begründet, nach der Auszeichnung Kissingers sei politische Satire unmöglich geworden.

In seiner Funktion als Nationaler Sicherheitsberater war Kissinger führend beteiligt am Chemiewaffeneinsatz der USA gegen Vietnam. Trotzdem erhielt er 1973 zusammen mit dem vietnamesischen Politiker Le Duc Tho den Friedensnobelpreis für den Abschluss eines Waffenstillstandsabkommens. Kissinger nahm an, Le Doc Tho lehnte ab, da der Krieg trotz des Abkommens andauerte. Er endete erst 1975.

Auch beim Militärputsch 1973 in Chile hatte Kissinger die Finger im Spiel. Nach der Machtergreifung Pinochets erklärte er als US-Außenminister, dass die Vereinigten Staaten selbst nicht geputscht hätten, aber dass sie „die größtmöglichen Voraussetzungen geschaffen haben.“

Der britische Journalist Christopher Hitchens kommt in seinem 2001 erschienenen Buch ‚The Trial of Henry Kissinger‘ (“Die Akte Kissinger”) zu dem Schluss, Kissinger habe sich u.a. folgender Vergehen schuldig gemacht: „Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Verletzung des Völkergewohnheitsrechts oder Völkerrechts, einschließlich der Verschwörung zu Mord, Entführung und Folter.“

Zuletzt bestätigten im April 2013 von Wikileaks veröffentlichte Botschaftsdepeschen, wie wenig Berührungsängste Kissinger gegenüber illegalen Machenschaften hatte. So berichtete der Focus (08.04.2013) über Aussagen Kissingers während seiner Amtszeit im Kontext des Konflikts zwischen Zypern und der Türkei: „Das Illegale machen wir sofort, das, was gegen die Verfassung geht, dauert ein bisschen länger.“

Mit dieser Politik ist Henry-Kissinger für Außenminister Guido Westerwelle „ein Staatsmann von Weltgeltung und ein Vordenker der Kunst des Machbaren.“ und für Verteidigungsminister Thomas de Maizière „einer der großartigsten Staatsmänner des 20. Jahrhunderts und ein brillanter Wissenschaftler.“ (BMVg/Auswärtiges Amt) Beide haben deshalb vorgeschlagen, aus Anlass des 90. Geburtstags Kissingers an der Bonner Universität eine ‚Henry-Kissinger-Professur‘ einzurichten.

Die Professur für Internationale Beziehungen und Völkerrechtsordnung, unter besonderer Berücksichtigung sicherheitspolitischer Aspekte, soll auf fünf Jahre angelegt werden und vom Verteidigungsministerium und Auswärtigem Amt gemeinsam finanziert werden.

Ein Lehrstuhl, der laut de Maizière sicherstellen soll, „dass die außerordentlichen Leistungen Henry Kissingers auf den Gebieten der Diplomatie, Strategie und der transatlantischen internationalen Beziehungen die sicherheits- und verteidigungspolitische Debatte dauerhaft beflügeln.« (Behördenspiegel Online, 27.05.2013)

Der Satiriker Tom Lehrer hatte recht, bei dieser Politik vergeht einem das Lachen. Was überlegen sich de Maizière und Außenminister Westerwelle als nächstes? Den Augusto Pinochet Gedächtnis-Lehrstuhl?

Jürgen Wagner